

NEUSTADT-KURIER



43. Ausgabe

**Meinungen
Informationen
Perspektive**

Sonderausgabe

Februar 1999



Doppelte Staatsangehörigkeit - ein Irrweg

Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land. Hier leben zur Zeit ca. 7,4 Mio. Menschen anderer Nationalität, von denen - nach den Plänen der rot-grünen Bundesregierung - ca. 4 Mio. Anspruch auf die doppelte Staatsbürgerschaft haben. Wenn diese Deutsche werden, bleiben sie gleichzeitig z.B. Serben, Bosnier oder Türken. Durch ihren Anspruch auf einen deutschen Paß, ohne ihre bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben zu müssen, hätten sie erhebliche Vorteile gegenüber den deutschen Staatsangehörigen. Die Wahlmöglichkeit für die Ableistung des Wehrdienstes bzw. die Möglichkeit, den Wehrdienst einfach zu umgehen, stellt nur das bekannteste Beispiel dar. Auch bei der Besteuerung ergeben sich für die „Doppelstaatler“ erhebliche Erleichterungen. Das Wahlrecht wäre doppelt und zwei Ausweise könnten bei Reisen teilweise zu erheblichen Erleichterungen bei der Einreise in Drittländern führen. Handels- und Geschäftsverbindungen könnten ebenfalls wahlweise ausgeübt werden. Damit ergibt sich erneut eine grobe Ungerechtigkeit gegenüber deutschen Staatsbürgern ohne doppelten Paß. Im Familienrecht (Eheschließung, Unterhalt, Scheidung und Sorgerecht) sind die Spannungen schon vorprogrammiert. So könnten z.B. der Rentenanspruch eines deutschen Ehepartners vom Ausländer unterlaufen werden. Die Scheidung könnte ohne Schutz des Sozialschwächeren erfolgen und nicht zuletzt auch die Sorge für Kinder sehr leicht gegen das Kindeswohl nach anderem, ausländischen Recht entschieden werden. So hat es auch das Bundesverfassungsgericht gesehen. Aus den gleichen Erwägungen heraus „verpflichtet das europäische Mehrstaatigkeits-Übereinkommen die Bundesrepublik, auf eine Verringerung und Vermeidung von Mehrstaatigkeit hinzuwirken“ (Prof. Dr. R. Zippelius).

Es ist ein eklatanter Verstoß gegen das Grundrecht auf Gleichbehandlung aller deutschen Bürger, wenn sich ein Doppelstaatler die Rosinen herauspicken und die Pflichten unter Hinweis auf seine andere Staatsangehörigkeit unterlaufen kann.

Doppelte Staatsangehörigkeit bedeutet keine Integration und schon gar nicht die Verbesserung des inneren Friedens, sondern bewirkt genau das Gegenteil. Ausländische Konflikte werden verstärkt zu deutschen Problemen, wenn beispielsweise Deutsch-Serben und Deutsch-Kroaten gegeneinander die Waffen erheben. Sollten sie dies im Inland tun, bedeutet dies eine Verlagerung des Bürgerkrieges zu uns. Sollten sie dies in ihrem Heimatland tun, können beide Konfliktparteien auf diplomatische Unterstützung der deutschen Vertretung bestehen.

Wer deutscher Staatsangehöriger sein will, muß sich klar für Deutschland entscheiden. Aber bitte mit allen Rechten und Pflichten! Die Bevorzugung von Ausländern, die einen Anspruch auf

die deutsche Staatsangehörigkeit haben, und dabei nicht ihre frühere Staatsangehörigkeit aufgeben müssen, ist völkerrechtlich nicht zu verantworten. Die Schaffung von nationalen Minderheiten würde nach dem deutschen Grundrecht das Recht auf eigene Sprache, eigene Schulen und eigenen Lebenskreis und Achtung der Sitten und Gebräuche durch den Staat beinhalten. Wie dies gerade bei den Ausländern in Deutschland möglich werden soll, ohne die deutschen Bürger zu verunsichern und sie damit in das radikale politische Lager zu treiben, bleibt als Frage unbeantwortet von der Schröder-Regierung.

Für den Prozeß der Integration müssen sich nicht die vorhandenen Gastgeber, sondern die Ausländer in die Gesellschaft eingliedern. Nicht die bestehende Gesellschaft muß sich an den Neubürgern und deren Sitten und Gebräuchen orientieren, sondern die Integration verlangt die Einordnung in die bestehende und jahrzehntelang erfolgreich funktionierende Ordnung der Bundesrepublik. Ebenso müssen die Werte und Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Staatsform voll akzeptiert werden.

Die einmalige Gewährung der deutschen Staatsangehörigkeit verbietet nach §16 des Grundgesetzes die spätere Entziehung, wenn nicht massive Straftatbestände o.ä. vorliegen. Wer also einmal eingebürgert ist, kann nicht mehr ausgebürgert werden und hat somit ein lebenslang doppeltes Recht. Dies wird durch den Minderheitenschutz noch soweit ausgeweitet, daß sogar eigene Parteien, für die die 5%-Klausel nicht gilt, gegründet und z.B. türkisch als Amtssprache verlangt werden könnte.

Allein aus diesen kurzen Beispielen ergibt sich wohl eindeutig die Problematik und die Gefahr für den inneren Frieden der Bundesrepublik. Die Schröder-Regierung ist auf dem besten Wege, das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern in den Grundfesten zu erschüttern. Die rot-grüne Regierung setzt den inneren Frieden auf's Spiel. Die Radikalisierung, gerade der „kleinen Leute“, ist vorprogrammiert, sei es aus Angst um den Arbeitsplatz oder angesichts des Verlustes traditioneller Werte und des Absinkens des allgemeinen Wohlstands.

Der Hintergrund für diese rot-grünen Aktivitäten ist leicht einzusehen. Von den ca. 4 Mio. Ausländern, die die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen könnten, würden nach aktuellen Umfragen über 80% Rot-Grün wählen. Dieses Handeln ist durchsichtig und langfristig mit Sicherheit verantwortungslos.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Einbürgerung erst am Ende einer gelungenen Integration stehen kann. Eine klare Entscheidung für Deutschland und die deutsche Staatsangehörigkeit ist dazu unverzichtbar. Deshalb ist die CSU gegen die generelle Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit.

Zur aktuellen Diskussion schreibt der Deutsche Michel an seinen Freund Ali !

Lieber Ali,

seit Jahren sind wir nun befreundet. Wir treiben zusammen Sport und gehen auch zusammen „einen saufen“. Wir leben und arbeiten zusammen. Ich glaube, wir kennen uns jetzt lange genug, daß Du mir glaubst, daß ich kein Ausländerfeind bin. Viele unserer gemeinsamen Freunde haben verschiedene Nationalitäten und wir kommen gut miteinander aus. Bitte gestatte mir daher dieses Schreiben!

In den letzten Wochen hat sich etwas entwickelt, was zu Unruhe und Unfrieden in unserer Gesellschaft führen könnte. Die rot-grüne Bundesregierung möchte die doppelte Staatsbürgerschaft als Mittel zur besseren Integration ausländischer Mitbürger einführen. Dadurch würden viele Menschen allein durch ihre Geburt in Deutschland zu deutschen Staatsbürgern und blieben gleichzeitig Bürger ihres Heimatlandes. Wenn man aktuellen Meinungsumfragen glauben darf, möchte der Großteil unserer Bevölkerung jedoch keine doppelte Staatsbürgerschaft. Die Wahl in Hessen am vergangenen Sonntag hat dies in eindrucksvoller Weise bestätigt. Grundsätzlich möchte auch ich, daß die ausländischen Mitbürger, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben, leichter die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.

Ich bin aber der Meinung, daß die Integration nicht erleichtert wird, wenn diese als doppelte Staatsbürgerschaft durch ein Gesetz von der Regierung verordnet wird. Dies bewirkt genau das Gegenteil, da bei den Neubürgern die irriige Auffassung erzeugt wird, daß der Eingliederungsprozeß mit dem Erhalt des zweiten, deutschen Passes bereits abgeschlossen sei. Die Integration kann aber nur in den Köpfen der Menschen beginnen, um mit der deutschen Staatsbürgerschaft enden zu können. Dazu werden die Deutschen lernen müssen, andere Lebensweisen und Mentalitäten in ihrem Land zu tolerieren. Die neuen Bürger werden sich an die Mehrheit der „Ureinwohner“ anpassen müssen. Dazu gehört es insbesondere, sich ohne Einschränkungen zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen. Dies ist für die Zukunft und den Frieden in unserem Land von allergrößter Bedeutung. Die meisten Bürger möchten einfach das erfolgreiche Staatssystem der Bundesrepublik nicht gefährden. Ich bitte Dich dafür um Verständnis! Deutschland ist in vielerlei Hinsicht beispielgebend, z. B. bei der Wahrung der Menschenrechte oder des Asylrechts.

Was aber wird geschehen, wenn viele Menschen zu Deutschen werden, die an echter Integration und einem funktionstüchtigen Gemeinwesen gar kein Interesse haben, sondern nur auf ihre Vorteile durch die Doppelstaatsbürgerschaft bedacht sind? Unser Land könnte zum Austragungsort multikultureller Auseinandersetzungen werden, wie sie im ehemaligen Jugoslawien an der Tagesordnung sind.

Die Einbürgerung von Menschen, die fest in ihrem Heimatland verwurzelt sind und sich daher nicht zu unserem Gesellschaftssystem, unseren Werten und unserer Kultur bekennen, birgt langfristig unkalkulierbare Risiken für die innere Sicherheit. Und genau auf diese sind auch die Neubürger angewiesen.

Die ausländischen Mitbürger aber, die sich bemühen, in Deutschland heimisch zu werden, haben einen Anspruch auf Integration. Die deutschen Bürger haben einen Anspruch darauf, daß alle, die Deutsche werden möchten, sich klar und eindeutig zu ihrem neuen Gemeinwesen bekennen. Zur Integration müssen beide Seiten aufeinander zugehen. Dies erfordert Toleranz gegenüber anderen Lebensweisen und das Bemühen, in Deutschland heimisch zu werden.

Lieber Ali! Ich glaube, Du solltest und Du kannst Dich klar für Deutschland und die deutsche Staatsangehörigkeit entscheiden. Darüber würde ich mich freuen.

Dein Deutscher Michel

Integration JA - Doppelpaß NEIN

Bitte unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift die Aktion der CSU !

Sie können im Büro von MdL J. W. Heike, Arnoldplatz 9,
96465 Neustadt unterschreiben. Sie können den unterschriebenen
Coupon von Seite 3 dort oder bei den Ortsvorsitzenden abgeben.



Ausfüllen - Abtrennen - Abgeben

CSU - Unterschriftenaktion

Ja zur Integration - Nein zu doppelter Staatsbürgerschaft

Die Integration der dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist für die Zukunft und den inneren Frieden unseres Landes von großer Bedeutung. Integration erfordert Toleranz für andere Lebensart und das Bemühen, in Deutschland heimisch zu werden. Wir wollen diesen hier lebenden Ausländern und Ihren Kindern die Integration und den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erleichtern.

Die Einbürgerung kann erst am Ende einer gelungenen Integration stehen. Eine klare Entscheidung für Deutschland und die deutsche Staatsangehörigkeit ist dazu unverzichtbar. Deshalb sind wir gegen die generelle Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit.

Bitte unterstützen Sie die Aktion der CSU mit Ihrer Unterschrift !

	Name	Anschrift	Unterschrift
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			
7.			
8.			
9.			
10.			

Bitte geben Sie diesen Coupon ab im Büro MdL J. W. Heike, Arnoldplatz 9, 96465 Neustadt oder bei den CSU - Ortsvorsitzenden !



Impressum

Herausgeber und v. i. S. d. P.: MdL Jürgen W. Heike, Arnoldplatz 9, 96465 Neustadt